

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
General Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1630.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 22.

Donnerstag, 26. Januar 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 3,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Spalte für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Lage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger- oder der Verleger- und Verleger-Veranstaltungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Kanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei in Dresden, 9 Tote, 11 Verletzte.

Dresden, 26. Januar. Das Presseamt des Polizeipräsidenten teilt nachts gegen 3 Uhr mit:

Im Reglerheim auf der Friedrichstraße fand gestern abend eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus mit dem Oberleutnant a. D. Frädrich als Redner statt. Da Frädrich auch in dieser Versammlung wieder in auferordentlich gemeingefährlicher Weise zu Tätlichkeiten ansetzte, wurde die Versammlung von dem überwachenden Beamten der Politischen Abteilung aufgelöst. Da der polizeilichen Anordnung zum Verlassen des Saales nicht nachgegeben wurde, wurde von vorsorglich bereitgehaltenen uniformierten Polizeibeamten vor dem Podium eine Sperre gebildet, die mit der Räumung des Saales zunächst ohne Anwendung des Schußwaffens begann. Im gleichen Augenblick setzten insbesondere auf den Galerien Schüsse ein: „Wir bleiben da! Eigen bleiben!“ usw. Auch wurde von den Galerien herab mit Biergläsern, Nischenscheitern, Stühlen usw. nach den den Saal räumenden Beamten, die teilweise dadurch auch getroffen wurden, denen auch im Saal härterer Widerstand entgegengebracht wurde, geworfen. Gleichzeitig wurde von Versammlungsteilnehmern auf den Galerien auf die Beamten scharf geschossen. In der Notwehr machten die Beamten nacheinander von der Schusswaffe Gebrauch. Diese Gegenwehr hatte neun Todesopfer und, soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen, elf Verletzte zur Folge.

Die Todesopfer in Dresden.

Dresden. (Zusammenfassung) Das Polizeipräsidentenamt in Dresden gibt heute die Personalien der bei dem gemeldeten schmerzlichen Zusammenstoß im Reglerheim getöteten Personen bekannt. Es sind drei Arbeiter, ein Kraftwagenführer, ein Ausfuhrer, ein Arbeiter und ein Schüler aus Dresden. Die Personalien des achten und neunten Toten konnten noch nicht einwandfrei feststellbar werden. Die Verletzten, die sämtlich aus Dresden stammen, wurden dem Friedrichstädter Krankenhaus zugeführt.

Berlammungsverbot in Dresden.

Dresden. (Zusammenfassung) Alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden sind von der Polizei verboten worden.

Neue Maßnahmen der Reichsregierung.

Berlin. (Zusammenfassung) Die hitlerianische Zusammenkunft in Dresden findet selbstverständlich in Kreisen der Reichsregierung sehr ernste Beachtung. Nachdem bereits vor etwa 10 Tagen angesichts der gesteigerten Gefahr in der politischen Polemik eine Warnung der Regierung erlassen worden ist, ist man in Kreisen der Reichsregierung der Auffassung, daß eine Wiederholung derartiger Vorfälle und die Fortsetzung der Gefahr, wie sie sich in den letzten Tagen gezeigt hat, Veranlassung geben könnten, gewisse notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

Massenaufmarsch der NSD. in Berlin.

Berlin. Auf dem Bülowplatz fand gestern nachmittags als Protestaktion gegen die nationalsozialistische Verhaftung vom Sonntag ein Massenaufmarsch der NSD. statt. Schon kurz nach mittag sammelten sich in den verschiedenen Stadtvierteln auf den größeren Plätzen die Tügel zum Marsch in die Stadt. Überall wurden zahlreich rote Fahnen und Transparente mit kommunistischen Parolen mitgeführt. Auf dem Bülowplatz selbst sorgte ein großes Polizeiaufgebot für die nötigen Abspernungen. Die Beamten waren aber nur zu einem geringen Teil mit Karabinern ausgerüstet. Das Viehweidhaus war aber und über mit Transparenten behangen. Außerdem sah man drei große Bilder von Pieckstein, Rosa Luxemburg und Lenin. Vor dem Haupteingang hatte man eine große Tribüne aufgebaut, auf der zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees unter Führung von Thälmann erschienen. Unter der Klänge einer Kapelle setzte dann der trotz der Kälte mehrere Stunden dauernde Vorbeimarsch der Menschenmassen ein. In der Innenstadt kam es wiederholt zu längeren Verkehrsstörungen.

Politische Zwischenfälle.

Berlin. An verschiedenen Stellen der Stadt ist es gestern abend vor und nach der kommunistischen Demonstration am Bülowplatz zu Ausschreitungen gekommen. Größeren Umfang haben sie nirgends angenommen. Der Polizei gelang es in allen Fällen, die Ruhe in kürzester Zeit wiederherzustellen. Eine Reihe von Demonstrationen wegen des Singens verbotener Lieder aufgelöst werden. Ferner wurde eine Schaufensterheide einer in der Nähe des Polizeipräsidenten gelegenen Buchhandlung der NSDAP. eingeschlagen. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Reichstagsvertagung oder nicht?

Berlin. Von Berliner Mäthern wird darauf hingewiesen, daß noch immer keine Klarheit darüber herrsche, ob es an einer weiteren Vertagung der Plenarverhandlungen des Reichstages komme oder nicht. Die „D. N. A.“ hebt hervor, daß die Regierung gegenüber Vertagungsanträgen der Parteien immer noch auf dem Standpunkt stehe, auch eine langfristige Vertagung des Reichstages ohne von ihr nur dann als ausreichend anzusehen werden, wenn sie mit der außerordentlichen Zwecksetzung versehen werden sollte, daß damit der Regierung hinreichende Gelegenheit zur Ausführung ihres Programms gegeben werden soll. Wenn also die Parteien, wie es jetzt als wahrscheinliche Möglichkeit betrachtet werden müsse, den Reichstag nach der Plenarverhandlung wieder vertagen wollte, ohne die Bestimmungen vorzunehmen, die eine Reichstagsauflösung nach sich ziehen könnten, dann wolle der Reichstagspräsident Reichstag vor eine Art Vertrauensfrage stellen. Und wenn der Reichstagspräsident sich aus eine weitere Vertagung herbeiführen verweigert, so soll das Verbleiben nach Art. 24 der Reichsverfassung in Gange gesetzt werden. Das Reichstagspräsident Göring hat dieser Aufforderung entgegen zu kommen, wird nicht angeschlossen. Ruffall würde das Ergebnis an den Reichspräsidenten gerichtet werden. Die entscheidende Anstöße zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler über die weitere Verhandlung des innenpolitischen Wirrwarrs und über die Frage der Vollmachten zu einer Hebung werde vornehmlich am Sonntagabend stattfinden. — Die „Morgenpost“ hält es für möglich, daß die Deutschnationalen, wenn ihnen eine Fortsetzung der Verhandlungen mit den Nationalsozialisten während der nächsten Wochen besonders aussticht, erwidern sollten, dann auch einer Vertagung der parlamentarischen Entscheidung in irgendeiner Form keine großen Schwierigkeiten bereiten würden.

Die Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Berlin. Die Verhandlungen über die Neubildung einer Regierung wurden am Mittwoch zwischen den Parteien fortgesetzt. Wie die Deutsche Zeitung berichtet, haben zwischen Eucken und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der NSDAP, Frid. Besenroth, harte Verhandlungen stattgefunden. Die Besprechungen, bei denen Vertraulichkeit vereinbart worden ist, dienen der Klärung der politischen Lage. Der Tag betont in diesem Zusammenhang, daß die Verhandlungen über die Bildung einer anderen Regierung, die zuerst vom Zentrum mit dem Ziele einer Mehrheit von den Nationalsozialisten bis zu den Deutschnationalen eingeleitet worden sind, noch im Gange seien. Es verlautet in politischen Kreisen, daß der Gedanke einer von den Deutschnationalen in ihrer Entscheidung geforderten vollständigen Neubildung des Kabinetts von den machenden Stellen nicht abgelehnt zu werden brauche. — Die Germania unterstreicht in diesem Zusammenhang, daß die beiden Parteien der Rechte, tatsächlich gesehen, nach der Erklärung der Nationalsozialisten wieder eine gemeinsame Front insofern hätten, daß sie nun beide dem Reichskabinetts gegenüber in Opposition ständen. Das sei der Ausgangspunkt für die Opposition Eucken, diese negative Gemeinschaft in eine positive umzuwandeln, auf der sich im Sinne der Darsburger Front eine neue aufbauen könne. Unter der Überschrift: „Mittelständler“ beschäftigt sich die Germania sodann noch einmal mit der Frage des Notstandes und betont, daß auch der „Tatfreis“ und die Tägliche Rundschau sich für diese Idee einsetzen. Mit der Forderung, daß gehandelt werden müsse, sei es auf dem schmerzlichen Gebiete der Wirtschaftspolitik, so allererst getan. Denn was in aller Welt hätten die Wirtschaftsfürer, deren Entscheidung sich akademischen Charakter trägt, mit dem Streit um die Verfassungsreform oder mit dem Streit um diese oder jene autoritäre Regierung zu tun. Das Blatt fragt dann, ob die Schwierigkeiten, die vorliegen, nicht auf einer ganz anderen Ebene gelöst werden müßten. Das Blatt betont dann, daß es sich nicht zum Anwalt der jetzigen Reichsregierung machen wolle. Die Sache vertage es aber nicht, daß man immer dann von Wirtschaftsfürer rede, wenn man politische Machtfragen oder politische Verfassungsfragen meine. Der politische Diskussion wäre gedient, wenn hier eine klare Scheidung der Begriffe würde. Die Erklärung der Deutschnationalen scheint ein Musterbeispiel dafür zu sein, wie man es nicht machen dürfe. Wirtschaftliche und politische Erwägungen würden hier in weitestgehender Weise ineinander geschoben. Wer den Kampf auf diese autoritäre Regierungsform abschiesse, leide dieser auf denkbar schlechtesten Diensten. Daraus geht hervor, daß das Zentrum noch immer gegen jede Lösung der Frage auf autoritärem Wege ist. — Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der Blätter-

fische Beobachter unterstreicht, daß der Reichskanzler nach der Erklärung Eucken sich auf verlorenem Posten befindet, und daß sich über Nacht die Situation Schleicher vollendet habe. In den politischen Kombinationen bemerkt das Blatt, daß man der Entwicklung der politischen Lage von Seiten der NSDAP in Ruhe entgehen könnte, während der „Angriff“ noch einmal hervorhebt, daß es für Schleicher nur noch eine Möglichkeit gäbe, den solartigen Rücktritt. In der jetzigen schwierigen Lage des Staates und Volkes könne nur ein Mann die Regierung in die Hand nehmen, der sich wie Adolf Hitler auf eine zwölf-Millionen-Bewegung stützen könne.

Die Regierung dürfe auf dem Standpunkt stehen, daß für den Fall, daß der Reichstag sich auf unbestimmte Zeit vertage, dies für die Regierung nicht ausreichend sei, und daß deshalb das Kabinetts vom Reichstag eine deutliche Erklärung verlangen müsse, sei es eine Vertrauensklärung oder eine Tolerierung, die ihr Arbeitsmöglichkeiten abt.

Schleicher wartet ab

Die innerpolitischen Erörterungen

Berlin, 26. Januar.

Die Erörterungen über die innerpolitische Lage gehen in der Berliner Presse weiter, ohne daß sich freilich irgendwo ein klares Bild gewinnen ließe. Von unterrichteter Seite wird zu alledem nur erklärt, daß das Interesse der Reichsregierung sich lediglich auf eine längere Vertagung des Reichstages erstreckt, die ihr die Möglichkeit zu ungezügelter sachlicher Arbeit gebe. Im übrigen lehnt man es an den zuständigen Stellen ab, in die Kombinationen der Presse irgendwie einzugreifen. Man beschränkt sich auf den Hinweis, daß der Reichstagsrat des Reichstages am Freitag zusammenetrete und daß man diese Sitzung in Ruhe abwarre.

Aus dieser sachlichen Einstellung heraus werden auch persönliche Angriffe gegen den Reichskanzler ignoriert, die Dr. C. O. Hebel im „Angriff“ veröffentlicht. Der Kanzler wird wegen seiner Haltung in der Frage der Bülowplatz-Demonstration attackiert. Dieser Angriff gebe von falschen Voraussetzungen aus, denn die Besprechung vom vorigen Sonntagabend mit Reichminister Bracht hätten nur den Zweck gehabt, noch einmal einwandfrei zu klären, ob auch alle Maßnahmen mit einer Energie getroffen seien, die verhindere, daß das Leben von Schutzbeamten in Gefahr komme.

Die Gründe der Deutschnationalen Abgabe an Schleicher.

Berlin. Unter der Überschrift „Die Gründe der Abgabe“ veröffentlicht der Leiter der Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei, Großau, einen Artikel, in dem er die gestrige Entschliessung der deutschnationalen Reichstagsfraktion begründet.

Zwei Gründe allein, die auf der Linie der deutschnationalen Politik liegen, seien für den Vortag maßgebend gewesen, die Gefährdung des autoritären Staatsgebildens durch die Politik des Kabinetts und das vollständige Versagen auf dem Gebiet einer einheitlichen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik.

Der deutschnationalen Schritt sei mehr eine „Quittung“ darauf, daß der Reichskanzler nicht bereit sei, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen, noch darauf, daß die Regierung „zu wenig gegen den Feldzug der Linken wegen der Ohlfemilchstände getan habe“. Der Vortag richte sich auch nicht „indirekt gegen den Reichspräsidenten“. Er liege vielmehr auf der Linie der Politik des Reichspräsidenten, weil er den Gedanken der autoritären Staatsführung, den Hindenburg mit der Berufung des Kabinetts Papen verfolgt habe, vor einem Abgleiten in den Parlamentarismus bewahren wolle.

„Die Deutschnationalen“, so schließt der Artikel, „werden eine Entscheidung erzwingen, die endlich dazu führt, daß man aus dem Zustand des verfallenen Parlamentarismus heraustritt und sich denjenigen Aufgaben zuwendet, die zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Not in Angriff genommen werden müssen.“